



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Infrastrukturgesellschaft stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft Verkehr auf Bundesebene entschieden ab.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen weiterhin für den Fortbestand der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen einzusetzen und ihre Absage an Schattenverschuldung durch ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private-Partnerschaft) zu bekräftigen.

Begründung

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs aus Bund und Ländern haben sich am 14. Oktober 2016 auf eine Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 geeinigt. Das Verhandlungspaket beinhaltet dabei auch die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Bundesfernstraßen bzw. Bundesautobahnen.

Der Bund ist gemäß Artikel 90 Grundgesetz Eigentümer der Bundesfernstraßen. Die Länder verwalten die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs im Auftrag des Bundes.

Die Verwaltung der Bundesfernstraßen durch die Länder im Auftrag des Bundes hat sich bewährt. Bisher wurden neben den regelmäßigen Aufgaben für Erhaltung, Betrieb, Neu-, Um- und Ausbau auch alle Investitionsprogramme erfolgreich umgesetzt. Das gut ausgebaute Netz der Bundesfernstraßen ist in der operativen Verantwortung der Länder entstanden.

(Ausgegeben am 19.10.2016)

Die Infrastrukturgesellschaft würde eine zusätzliche Verwaltungsebene schaffen. Abstimmungsprozesse mit den Belangen der Landesplanung und die Berücksichtigung lokaler Belange würden dadurch erschwert.

Darüber hinaus dient die Schaffung der Infrastrukturgesellschaft dazu, die Schuldenbremse mittels ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft) zu umgehen. Privaten Investoren würden neue, ertragreiche Investitionsmöglichkeiten über ÖPP eröffnet. Dies würde dem Steuerzahler am Ende teuer zu stehen kommen. Aus gutem Grund hat sich das Land Sachsen-Anhalt an verschiedenen Stellen gegen ÖPP-Projekte ausgesprochen. In der Konsequenz ist daher die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft entschieden abzulehnen.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender